

würdig zeige und für das Volk eintrete. Wie diese Jugend aber zu „Protagonisten“ beim Aufbau einer Zivilisation der Liebe werden soll, kann auch diese Studie nicht beantworten.

### Vorrang des Lebens

Die „Zivilisation der Liebe“ sei kein alternatives politisches System zwischen Kapitalismus und Kommunismus, sondern eine neue Sicht der Welt („cosmovisión“), die sich durch „Gemeinschaft und Teilhabe“ (Puebla), durch Wahrheit, Gerechtigkeit, Freiheit und Frieden auszeichne. In ihr habe das Leben Vorrang vor allen anderen Werten, der einzelne Vorrang

vor der Macht, die Ethik stehe über der Technik, die Arbeit über dem Kapital. Zu ändern ist auf dem Weg zu dieser neuen Zivilisation vom Bewußtsein des Volkes über die ungerechten Strukturen bis zur Weltwirtschaftsordnung vieles. Als Methode empfiehlt die Studie im gesellschaftlichen und politischen Bereich zweierlei: die „Schwächung“ von veränderungsfeindlichen Strukturen und das schöpferische Suchen nach neuen „Strukturen, die dem Verhältnis Mensch – Gesellschaft besser entsprechen“. Damit ist das CELAM-Dokument an die Grenze seiner Einsichten gelangt, was bei der Spannweite des

behandelten Themas allerdings nicht verwundert.

Der letzte Teil der Studie befaßt sich mit den Inhalten einer *Jugendpastoral*, wie das Schlußdokument von Puebla sie in großen Zügen gezeichnet hat. Allgemein legen die Verfasser großen Wert auf das gründliche Studium der Realität und das Prinzip der Gewaltlosigkeit. Pastorale Priorität soll die *Jugend aus den unteren Bevölkerungsschichten* haben. Das Konzept einer lateinamerikanischen Jugendseelsorge, darin liegt die Schwäche des Dokuments, kommt über die Aufzählung von Programmen und Veranstaltungen nicht hinaus. G. B.

## Zwei Schritte vor, ein Schritt zurück

### Der kirchliche Landwirtschaftsfonds in Polen

*Um das Großprojekt eines von der Kirche Polens getragenen und aus westlichen (vor allem auch kirchlichen) Finanzquellen gespeisten Agrarfonds zur Unterstützung der privaten (nicht vergesellschafteten) polnischen Landwirtschaft ist es still geworden. Über das Großprojekt gibt es in der westlichen Presse immer wieder wechselnde Nachrichten. Bis heute ist unklar geblieben, ob der polnische Staat trotz erster Schritte bereit ist, dem Projekt eine Chance zu geben, und als schwierig erweist sich auch dessen Finanzierung selbst bereits in der Vorphase bei der Durchführung der geplanten Pilotprojekte. Unser Mitarbeiter, Dieter Bingen, stellt das Projekt vor, erörtert die Schwierigkeiten, die ihm entgegenstehen, und stellt es auf den Hintergrund der landwirtschaftlichen Entwicklung in Polen seit Beginn der 70er Jahre.*

„Man kann ja nicht über längere Zeit von Geschenken leben. Wenn man Hilfe annehmen muß, und das muß man offensichtlich, dann soll sie weitere Kettenglieder schaffen, die anderen Hilfe bringen, dann soll sie Arbeit und organisiertes Bemühen anregen. Die Massage an den gelähmten Teilen unseres Organismus muß in kleinen Abschnitten durchgeführt werden.“ Mit diesen Sätzen umschrieb Polens Primas, Kardinal *Josef Glemp*, in einem Interview mit einer katholischen Zeitschrift (Niedziela, 10, 4. 3. 1984) den *spiritus movens*, der Polens katholische Kirche veranlaßte, sich auf ein kirchliches Projekt zur Förderung der privaten Landwirtschaft in Polen einzulassen. Der Primas sieht nicht zuletzt in diesem Vorhaben eine „Theologie der Befreiung“ unter polnischen Bedingungen verwirklicht, „die das Übernatürliche akzentuiert, gleichzeitig aber die objektive ökonomische Situation und ihren Einfluß auf die Moral nicht aus den Augen läßt“. Seit langem schon wird die „objektive ökonomische Situa-

tion“ von der katholischen Kirche in Polen mit Sorge betrachtet. Mitte der siebziger Jahre begann die *Krise der landwirtschaftlichen Produktion*, die durch politische Fehlentscheidungen der Regierung verursacht wurde und sich bis auf den heutigen Tag in bestimmten Produktionsbereichen zu einer Katastrophe auswuchs (z. B. Kleintierhaltung, Eierproduktion, milchverarbeitende Industrie).

### Probleme der polnischen Landwirtschaft

Blickt man auf die natürlichen Produktionsvoraussetzungen, dann besitzt Polen fast alle Bedingungen für eine leistungsfähige Land- und Ernährungswirtschaft. Etwa 190 000 qkm der über 310 000 qkm Landesfläche sind

Hauptarten der Bodennutzung<sup>1</sup>  
1000 ha

Nutzungsart	1970	1976	1981
Landwirtschaftliche Fläche	19 543	19 150	18 910
Ackerland	15 088	14 762	14 582
Dauerkulturen <sup>2</sup>	238	274	276
Dauergrünland	4 217	4 114	4 052
Waldfläche	8 546	8 631	8 633 <sup>3</sup>
Sonstige Fläche	2 379	2 679	

<sup>1</sup> Jahresmitte. – <sup>2</sup> Obstanlagen. – <sup>3</sup> Jahresende.

landwirtschaftlich genutzt. Über 40% der Bevölkerung leben noch auf dem Lande (Bundesrepublik: 15%). Von den fast 19 000 000 ha Anbaufläche befinden sich über 14 000 000 ha, d. h. ungefähr 76% (1983), in der Nutzung *privater Bauern*. An der gesamten Agrarproduktion haben sie einen Anteil von 83% (1983). Durch die allgemeinen Versorgungsmängel wird eine außerordentlich verbreitete und sehr intensiv betriebene hauswirtschaftliche Klein-

produktion von Grundnahrungsmitteln und Fleisch erhalten und angeregt. Das restliche Viertel der Bodennutzung entfällt auf den sogenannten sozialistischen Sektor, der aus den Staatsgütern mit einem Flächenanteil von 18,8% (1983), den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften mit einem Flächenanteil von 3,8% (1983) und den landwirtschaftlichen Zirkeln (1983: 0,5%) besteht. Der vergesellschaftete Sektor hat Durchschnittsbetriebsgrößen von 250 bis 360 ha (Gospodarka Żywnościowa w latach 1970–1983, hrsg. v. GUS, Warschau 1984).

Landwirtschaftliche Fläche nach Eigentumsformen<sup>1</sup>  
1000 ha

Eigentumsformen	1970	1976	1981
Vergesellschaftet <sup>2</sup>			
darunter:			
Staatsgüter	3710	4269	4749
Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften	3006	3383	3677
Landwirtschaftliche Zirkel	246	390	780
Privatbauern	99	341	169
	15833	14882	14161
Insgesamt	19543	19151	18910

<sup>1</sup> Jahresmitte.

<sup>2</sup> Einschließlich staatlicher und volkseigener Flächen, die nicht Bestandteil landwirtschaftlicher Betriebe sind.

Die *technische Bewältigung der Betriebsabläufe*, besonders der Arbeitserledigung, ist das eigentliche Problem der polnischen Landwirtschaft, wenn man bedenkt, daß fast 60% aller privaten Betriebe eine Fläche von weniger als 5 ha, 30% sogar eine Fläche von 0,51 bis 2 ha bewirtschaften. Die fast 3 Mio. Pferde bilden noch immer die arbeitswirtschaftliche Grundlage. Die gesamte Landwirtschaft verfügt über etwa 620 000 Schlepper, von denen aber fast ein Drittel wegen fehlender Ersatzteile dauernd stillsteht. Angesichts solcher Bedingungen sind die Durchschnittserträge der privaten Bauernwirtschaften gar nicht schlecht. Im ganzen kommt ein objektiver Beobachter zu dem Ergebnis, daß die polnischen Bauern als Bodenwirte weit besser wirtschaften, als ihnen vielfach nachgesagt wird, und daß die auch im Westen gängige Meinung, die kleinbäuerliche Besitzstruktur sei die Hauptursache der ständigen Versorgungsschwierigkeiten, nicht zutrifft. Schließlich produzieren die privaten Bauern auf ihren Miniparzellen und ohne die staatliche Unterstützung, die die vergesellschafteten Betriebe beanspruchen, im Durchschnitt mehr als diese für den Markt.

Vor diesem Hintergrund ist es naheliegend, einen entscheidenden Schritt auf dem Wege des wirtschaftlichen Wiederaufbaus in Polen in einem großzügigen Reformprogramm für die private Landwirtschaft zu sehen. Der Staat wagt sich aus ideologischen Gründen nicht an eine Stärkung des privaten Sektors der Landwirtschaft heran. Zudem trifft seine Agrarpolitik seit Jahrzehnten auf das unverminderte, in den siebziger Jahren sogar verstärkte *Mißtrauen der Bauern*, die sich schon mehrmals mit abrupten Kursänderungen der kommunistischen Landwirtschaftspolitik konfrontiert sahen. Auch der seit 1982 in

der Verfassung verankerten *Eigentumsgarantie* trauen sie nicht, da Ideologie und Bürokratie bisher eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Privatbauern verhinderten. Das Mißtrauen der Bauern gegenüber „Warschau“ ist auch bei einer konstruktiveren Agrarpolitik der Regierung demnach in absehbarer Zeit nicht abzubauen. Wer aber könnte helfen, wenn der polnischen Landwirtschaft geholfen werden muß, weil bei ihr ein Schlüssel für den Weg aus der Krise liegt? Was liegt näher, als an die *katholische Kirche* zu denken, die auf dem Lande noch fester und in ungebrochenerer Tradition verankert ist als in der Stadt? Daran hat auch der katholische Episkopat gedacht. Er hatte schon oft die schwierigen Probleme der polnischen Landbevölkerung beklagt. Es wurde sogar eine Kommission des Episkopats für Angelegenheiten der Bauernseelsorge unter Vorsitz von Bischof *Jan Gurda* geschaffen, die im übrigen zunehmend auf Vorbehalte der Behörden stößt. Sie befürchten den Aufbau gesellschaftlich-politischer Strukturen unter dem Schirm der Kirche.

## Die Grundidee des kirchlichen Landwirtschaftsprogramms

Bereits im Jahre 1981 entstand im polnischen Episkopat die Idee einer wirksamen Unterstützung der privaten Landwirtschaft. Im Jahr 1982 wurde diese Idee im Gespräch mit westlichen Episkopaten, insbesondere mit den bundesdeutschen Bischöfen, erneuert. Die Grundsätze stellte Primas Glemp in einem Brief an General Jaruzelski am 14. September 1982 vor: Auf Anregung des polnischen Episkopats und mit Unterstützung der Episkopate Westeuropas und Nordamerikas werden Mittel in harter Währung gesammelt. Für dieses Geld sollen Produktions- oder Ausrüstungsmittel für die Landwirtschaft gekauft, nach Polen eingeführt und nach Marktgrundsätzen verkauft werden. Geldmittel in polnischen Złoty werden zur Finanzierung von allem benutzt, was der Unterstützung der Landwirtschaft oder der Verbesserung der Lebensbedingungen auf dem Lande dient. Von den Initiatoren wurde betont, daß es sich bei der einzurichtenden Stiftung nicht um eine weitere karitative Einrichtung handeln sollte, sondern daß die Stiftung die Bauern dazu veranlassen sollte, sich selbst zu helfen: Maschinenparks zu gründen, gemeinsame Unternehmen wie Obstverarbeitungsfabriken oder Molkereien einzurichten, gemeinsam Wasserleitungen zu bauen usw. Im ersten Organisationsstadium könnte die Stiftung helfen: finanzielle Unterstützung gewähren, unentbehrliche und in Polen unerreichbare Installationselemente einführen. Oft fehlt es den Bauern nämlich gar nicht an Geld, es gibt jedoch nichts, wofür sie es ausgeben könnten, sie sehen keine Möglichkeit, das eigene Kapital zum eigenen und gemeinsamen Nutzen zu verwenden. Die Stiftung wollte zu „einer Art Zünder dieses verstopften gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Mechanismus auf dem Lande werden“ (*Andrzej Stelmachowski*, in: *Przegląd Katolicki*, 8, 12. 8. 84). Das direkte Eingreifen der Kirche in die Wirtschaft und die Wirtschaftspolitik des Staates und der Versuch, eigene

ordnungspolitische Vorstellungen in die Praxis umzusetzen, lassen sich auf den ersten Blick nur schwerlich mit dem gängigen Verständnis des religiösen Auftrags der Kirche in Einklang bringen. Dieses Argument suchte Prof. Andrzej Stelmachowski, seit Juni 1984 Vorsitzender des Organisationskomitees des Landwirtschaftsfonds, zu

Erwerbstätige in der Volkswirtschaft nach Wirtschaftssektoren<sup>1</sup>  
1000

Jahr	Insgesamt	Vergesellschaftete Wirtschaft		
		zusammen	darunter	
			Erwerbstätige im festen Ar- beitsverhältnis	LPG- Mitglieder
1970	15 175	10 325	9 817	33
1975	16 572	12 202	11 632	52
1976	16 548	12 298	11 744	53
1977	16 639	12 510	11 910	81
1978	16 634	12 632	11 981	123
1979	16 552	12 699	11 995	152
1980	17 263	12 718	12 000	162
1981	17 320	12 720	12 027	157

Jahr	Nichtvergesellschaftete Wirtschaft		
	zusammen	davon Erwerbstätige	
		außerhalb der Landwirtschaft	in landwirt- schaftlichen Privatbetrieben <sup>2</sup>
1970	4850	442	4408
1975	4370	469	3901
1976	4250	481	3769
1977	4129	504	3625
1978	4002	533	3469
1979	3853	565	3288
1980	4545	603	3942
1981	4600	646	3954

<sup>1</sup> Jahresdurchschnitt; Teilzeitbeschäftigte sind auf Vollbeschäftigte berechnet; ohne Auszubildende.

<sup>2</sup> Schätzung. (Statistische Angaben aus: Statistik des Auslandes. Länderbericht Polen 1984, hrsg. v. Statistischen Bundesamt Wiesbaden, Stuttgart und Mainz 1984, S. 31, 38 u. 39)

entkräften; die Stiftung steht zwar unter dem Schutz der Kirche, sei aber eine völlig autonome Institution: „Der polnische Episkopat will seine Autorität und sein Ansehen, das er in der Welt genießt, dazu benutzen, die unerlässlichen Mittel der Stiftung anzusammeln.“ (Ebenda).

## Das Zögern des Staates

Bis die Planungen über die Realisierung des Landwirtschaftsfonds in ein konkreteres Stadium treten konnten, gingen mehr als zwei Jahre ins Land. Sie haben der kirchlichen Idee *viel von ihrer Dynamik genommen*. Politische Probleme, die in rechtliche Probleme eingekleidet wurden, gaben Regierung und kommunistischer Partei (PVAP) Anlaß, die Verhandlungen mit der Kirche und die notwendigen rechtlichen Schritte in Gestalt der parlamentarischen Verabschiedung eines Stiftungsgesetzes zu verzögern.

Nachdem Premier Jaruzelski in seinem Brief an den Pri-

mas von 27. Juni 1983 grundsätzlich „grünes Licht“ signalisiert hatte, blieb bis Anfang 1984 ungewiß, wie das Projekt des kirchlichen Landwirtschaftsprogramms in Polen verwirklicht werden sollte. Von Anfang an waren sich die Beteiligten der politischen Brisanz des Programms bewußt. Partei und Regierung befürchteten – und befürchteten bis heute – eine gewisse *systemsprengende Wirkung* und einen noch weiter institutionalisierten Einfluß der katholischen Kirche auf dem Lande. Andererseits fragte man sich in kirchlichen Kreisen außerhalb Polens, ob der Schuh nicht zu groß sei, den der polnische Episkopat sich angezogen habe; ob die Kirche – auch wenn die Leitung des Fonds von einem Laien- und Spezialistengremium übernommen würde – nicht – zumindest vermittelt – Aufgaben übernehme, die sie auf Dauer nicht ausüben könne.

Als die Vorstellungen über das Hilfsprogramm im Sommer 1983 konkretere Formen annahmen, war die *politische Konstellation günstig*. Die Regierung in Warschau konnte angesichts der Versorgungsschwierigkeiten im Lande und der Unzufriedenheit der Bevölkerung das Hilfsangebot nicht ablehnen. Der Papstbesuch im Juni 1983 tat ein übriges. In Gesprächen mit Vertretern des Episkopats zeigte die Regierung sich flexibel und bereit, die notwendigen juristischen Voraussetzungen für das Hilfsprogramm zu schaffen. Die Skeptiker in Regierung und Partei mögen dabei ihre Skrupel vorübergehend verdrängt haben in der Hoffnung, daß der Westen nicht in der Lage sein werde, die notwendigen finanziellen Mittel bereitzustellen. Die hämischen Kommentare von Regierungssprecher *Jerzy Urban* auf seinen Pressekonferenzen wiesen in diese Richtung.

## Schaffung gesetzlicher Grundlagen

Die Außenminister einiger westlicher Länder waren schon früh von den nationalen Bischofskonferenzen über den Plan eines kirchlichen Hilfsprogramms für die private Landwirtschaft in Polen unterrichtet worden. Keine konkreten Vorstellungen gab es längere Zeit über den *Verteilungsschlüssel* bei den finanziellen Mitteln. In dem Brief von Primas Glemp an General Jaruzelski war von einem Volumen in Höhe von fünf Mrd. DM – verteilt über fünf Jahre – die Rede, ein Hinweis, daß die katholische Kirche in Polen anscheinend davon ausging, daß ein beträchtlicher Teil der finanziellen Mittel aus der Bundesrepublik erwartet wurde. Denn normalerweise ist die Leitwährung bei der Berechnung von Finanzvolumen der US-Dollar. Im Umkreis der Deutschen Bischofskonferenz waren diese Finanzierungsansätze alsbald korrigiert worden, man sprach eher von drei Mrd. Mark. In diplomatischen Kreisen Bonns hieß es wenig später, die Gelder für die vorgesehene Stiftung sollten je zur Hälfte aus kirchlichen und privaten Spenden und aus öffentlichen Mitteln aufgebracht werden. Dieser Betrag solle von der EG und von den USA gemeinsam getragen werden. (*Angela Nacken*, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 5. 1. 1984).

Während der finanzielle Einsatz der Beteiligten noch Gegenstand lebhafter Diskussionen in den westlichen Massenmedien war, erreichte in der ersten Jahreshälfte 1984 der Entscheidungsprozeß über die Zukunft des kirchlichen Hilfsprogramms in Polen endlich eine entscheidende Phase. Nach langen Diskussionen zwischen Vertretern von Regierung und Episkopat lag der *Gesetzentwurf über ein Stiftungsgesetz* vor, das den notwendigen Freiraum für das ganze Projekt schaffen sollte, und wurde am 13. Januar 1984 vom Ministerrat gebilligt, dann den betroffenen Sejm Ausschüssen zur Beratung überwiesen (Odrodzenie, 6. 3. 1984).

Überraschend auch für die Regierung, veröffentlichte das Pressebüro des Episkopats am 14. Januar 1984 eine Information „in der Angelegenheit der Landwirtschaftsstiftung“, die im Westen sofort bekannt wurde, in Polen aber erst mit dreiwöchiger Verspätung für die katholische Wochenzeitung „Tygodnik Powszechny“ (6, 5. 2. 1984) von der Zensur zur Veröffentlichung freigegeben wurde. Dieser Schritt der polnischen Bischöfe bedeutete eine *Flucht nach vorne*, mit der die Behörden zu einer Aufgabe ihrer Verzögerungstaktik gegenüber der katholischen Kirche veranlaßt werden sollten und nochmals die Vorstellungen der Kirche zu der Landwirtschaftsstiftung zusammengefaßt wurden. Gleichzeitig wurde „der Mangel an Informationen, ihr bruchstückhafter Charakter und die Ungenauigkeit bei der Weitergabe im Lande und in ausländischen Kommentaren“ bedauert, die „häufig Mißverständnisse über die Ziele, die Größe und die Formen des beabsichtigten Unternehmens hervorrufen“. Die Bischöfe bestätigten – ungeachtet zurückhaltenderer Einschätzungen im Westen – die finanzielle Zielgröße von fünf Mrd. DM. Der Hoffnung der Bischöfe, daß die Stiftung in der ersten Hälfte des Jahres 1984 ihre Tätigkeit aufnehmen könnte, setzte Regierungssprecher Urban in einer Pressekonferenz einen Dämpfer auf (Rzeczpospolita, 23. 1. 84). Die Regierung spielte anscheinend weiter auf Zeit.

So wurden in den Beratungen der Sejm-Ausschüsse für Wirtschaft, Etat- und Finanzplanungen sowie im Ausschuß für gesetzgeberische Arbeit abermals Korrekturen an dem Stiftungsgesetzentwurf angekündigt (vgl. Die Welt, 17. 3. 84). Am 6. April 1984 passierte schließlich das „Gesetz über Stiftungen“ den Sejm (Dziennik Ustaw, 21, 14. 4. 84), immerhin ein einmaliger Vorgang in der Gesetzgebung eines sozialistischen Staates. Bis dahin galten Stiftungen als Rechtsformen, die ihre Daseinsberechtigung nur noch im kapitalistischen System fänden. So heißt es in der Großen Enzyklopädie: „Ziele, die man mit Stiftungen in der Zeit des Feudalismus verfolgte und im kapitalistischen System weiterhin verfolgt, werden im sozialistischen System im Prinzip vom Staat übernommen“ (Wielka Encyklopedia Powszechna, Bd. 4, Warschau 1964, S. 52).

Es dauerte weitere zwei Monate, bis Kardinal Glemp am 9. Juni 1984 ein zwölfköpfiges „Organisationskomitee der Landwirtschaftsstiftung“ ins Leben rief (Vorsitzender: Prof. *Andrzej Stelmachowski*; Bevollmächtigter des

polnischen Episkopats: Prälat *Alojzy Orszulik*), dessen Hauptaufgabe es sein sollte, die Schaffung und Registrierung der Stiftung vor Gericht in die Wege zu leiten, das Büro zu organisieren, Mitarbeiter zu gewinnen und die finanziellen und Sachmittel herbeizuschaffen (Tygodnik Powszechny, 15. 7. 84).

## Die geplanten Projekte

Mitte des Jahres nahmen die Pläne für die nächsten praktischen Schritte – wenn nur erst die Satzung der Stiftung von den Behörden genehmigt wäre – konkretere Formen an. Das Projekt war eines der Gesprächsthemen von Primas Glemp bei seinen Besuchen in der Bundesrepublik im Juli 1984. Den Berechnungen der Experten des Organisationskomitees zufolge wären zur Verwirklichung des gesamten Programms, verteilt auf fünf Jahre, rund fünf Mrd. DM erforderlich. Die Kosten für die Pilotprojekte, mit denen zunächst einmal an einigen Orten die Funktionsfähigkeit des Programms getestet werden soll, wurden mit rund 78 Mio. DM veranschlagt. Die Experten hofften im Sommer 1984 noch, daß die Stiftung im November oder Dezember 1984 ihre Tätigkeit aufnehmen und man die Pilotprojekte in Gang setzen könnte. Im Laufe des Jahres 1986 wollte man dann das auf fünf Jahre geplante Hauptprogramm starten. Als erforderliche Aufwendungen für das erste Jahr des Hauptprogramms wurden 484 Mio. DM berechnet.

Das Landwirtschaftsprojekt enthält *zehn Schwerpunkte*, um den Nachholbedarf auf den dringendsten Gebieten zu befriedigen. Sie betreffen: die Milchwirtschaft (Melkmaschinen, Kühlanlagen, kleine Molkereien), Wasserversorgung, Schaffung von Reparaturwerkstätten, Reifenherstellung und Runderneuerung, kleine Verarbeitungsanlagen für Obst und Gemüse, Maschinenstationen für die Feldarbeit, Baumaterial für Privatbauern, Anschaffung von Schleppern und Landmaschinen, Versorgung mit chemischen Mitteln (Pestizide, Konservierungsmittel, Veterinärmedikamente), Marktlieferungen verschiedener Güter wie Ersatzteile und Maschinen.

Grundidee ist dabei, daß die Bauern von der Stiftung gelieferte westliche Produkte in Złoty bezahlen müssen. Sie müßten sich auch zum Beispiel bei den Maschinenstationen selbst organisieren, also praktisch mit Hilfe von Vertrauensmännern eine eigene Infrastruktur schaffen. Die eingezahlten Złotysummen sollen für das Programm verwertet werden. So soll die dringend notwendige Wasserversorgung – der Umfang der bewässerten Flächen soll 1983 kleiner gewesen sein als 1913 – zu einem großen Teil mit Złoty finanziert werden. Um die Devisenkosten zu dämpfen, wird auch an eine Zusammenarbeit mit der staatlichen Industrie zum Beispiel durch Zulieferung notwendiger Teile und westlicher Halbfabrikate gedacht. Die Programme betreffen ausschließlich die privaten Bauernwirtschaften. Dazu sagte der Vorsitzende des Organisationskomitees der Landwirtschaftsstiftung Stelmachowski: „Selbstverständlich werden wir im Falle von

Unternehmen mit kommunalem Charakter das ganze konkrete Dorf umfassen, wir werden keine Wasserleitung nur für einen Teil der Häuser bauen. Eine Ausnahme wird auch der Pflanzenschutz bilden – der Kartoffelkäfer unterscheidet nicht zwischen einer Bauernkartoffel und einer „vergesellschafteten“ Kartoffel. Aber die Fonds sollen den privaten Wirtschaften dienen“ (Stelmachowski, a. a. O.).

*Stiftungsträger* ist dem Statutenentwurf zufolge der Primas von Polen mit einem Grundkapital von 20 000 Dollar und zwei Mio. Złoty. Verwaltet wird die Stiftung von einem aus drei bis fünf Personen bestehenden Vorstand und einem aus 15 bis 25 Personen bestehenden Rat. Verteilung und Verwaltung auf dem Lande sollen zum großen Teil die Bauern selbst und ehrenamtliche Mitarbeiter übernehmen. Die Stiftung soll den Statuten zufolge im Rahmen des vom Parlament verabschiedeten allgemeinen Programms zur Förderung der Landwirtschaft arbeiten (§ 5.1).

### Verzögerungen ohne Ende?

Nachdem sich am 20. September 1984 Vertreter von Regierung und Episkopat in einem vorläufigen Abkommen über die Satzung des Landwirtschaftsfonds geeinigt hatten, drückte ein Mitglied des Organisationskomitees die Hoffnung aus, daß der Fonds bis zum Jahresende seine Arbeit aufnehmen werde. Endlich hatte die Regierung der Kirche die Benennung der Personen zugestanden, die über die Verteilung der Gelder entscheiden, und somit einen wesentlichen Bestandteil der Unabhängigkeit der Stiftung sichergestellt.

Aber wer gehofft hatte, nun könne die Stiftung rasch ans Werk gehen, mußte sich getäuscht sehen. Denn davor hatte der Gesetzgeber die vom Stiftungsgesetz vorgesehenen Ausführungsbestimmungen über die wirtschaftliche Tätigkeit von Stiftungen gestellt, denen das Statut der Stiftung nicht widersprechen darf. Und die Ausführungsbestimmungen fehlten noch, da zwischen Regierung und Episkopat die *Fragen der Besteuerung* von Geldzuwendungen für die Stiftung (Umsatzsteuer) und der Zollgebühren bei der Einfuhr von landwirtschaftlichen Geräten und sonstigen Einrichtungen ungeklärt waren. Nach Auffassung der Kirche soll die Stiftung von Steuern befreit sein, da es sich nicht um ein profitorientiertes Handelsunternehmen handelt. Erlöse sollen zur Finanzierung von Sozialprogrammen auf dem Lande verwendet werden. Bei der Frage, ob die eingeführten Maschinen verzollt werden müssen, geht es offenbar darum, daß die Stiftung eine generelle Zollbefreiung anstrebt, der Staat eine solche nur von Fall zu Fall gewähren will, anscheinend um mißbräuchliche Zollbefreiungen (z. B. für Druckerpressen, Schreibmaschinen etc.) zu verhindern, wozu allerdings schon die bestehenden Zollbestimmungen ausreichen würden (vgl. NZZ, 19. 11. 84).

Sowohl bei Steuern wie bei Zöllen will die Kirche ihren Standpunkt nicht aufgeben. Es ist nicht auszuschließen,

daß das ganze Landwirtschaftsprojekt zu „schlechter Letzt“ an diesen beiden Problemen scheitert. Zudem ist die Großwetterlage in Polen seit dem Spätherbst 1984 dem Projekt nicht eben förderlich. Nach der Ermordung des Priesters *Jerzy Popiełuszko* hätte man damit rechnen können, daß die polnische Regierung als Wiedergutmachung dem Episkopat gegenüber Entgegenkommen zeigen werde.

Dies ist nicht eingetreten. Die Aussichten für eine baldige Umkehr dieser Tendenz sind nicht sehr günstig, da die Regierung Jaruzelski durch den Mord an Popiełuszko und den Zwang, gewisse Praktiken „aus dem Eingemachten“ des Apparats vor Gericht und Weltöffentlichkeit auszubreiten, geschwächt wird. Die Notwendigkeit, zugleich dem Prinzip der Rechtsstaatlichkeit Opfer – in Gestalt von hier nicht letztverantwortlichen Beamten des Innenministeriums – zu bringen *und* das System zu exkulpieren, das die Bereitschaft zum Terror dieser Art in seinem Apparat begünstigt, versinnbildlicht zugleich die Zwickmühle, in der sich General Jaruzelski im Grunde seit dem 13. Dezember 1981 (Verhängung des Kriegsrechts) befindet.

Die Chronologie der Diskussion um das kirchliche Landwirtschaftsprojekt beweist, daß Regierung und Partei in Polen stark genug sind, das eigentlich so dringende Landwirtschaftsprogramm zu verzögern und potentielle westliche Geldgeber zu ermüden, aber sich außerstande sehen, das ihnen ideologisch zutiefst mißliebige Projekt ohne weiteres zu verhindern. Schließlich würde ein wirtschaftlicher Erfolg der Einzelprojekte und die damit verbundene langfristige Stärkung des privaten Sektors auf dem Lande die Stellung von Kirche und Religion in der ländlichen Bevölkerung, insbesondere in der jüngeren Generation, die dort wieder eine Perspektive für die Zukunft erblicken könnte, auf Dauer stärken. Das Prinzip der Subsidiarität und das sehr polnische Prinzip der „organischen Arbeit“ des Aufbaus selbstverwalteter Strukturen von unten würden das historische Versagen der leninistischen (Land-)Wirtschaftspolitik nur noch offensichtlicher beweisen, als dies der wirtschaftliche Alltag ohnehin tut.

### Noch alles offen

Die katholische Kirche in Polen ist mit ihrem Projekt einer Landwirtschaftsstiftung ebenfalls ein *hohes Risiko* eingegangen. Sie hat sich mit ihrem ganzen Prestige für das Programm in Polen und im westlichen Ausland – bei den Episkopaten und gegenüber den Regierungen – stark gemacht. Ein Scheitern wäre ein schwerer psychologischer Schlag für sie, ohne daß es allerdings ihre Position in der polnischen Gesellschaft schwächen würde. Es fehlte eben „nur“ die Krönung ihrer gesellschaftlichen Rolle. Andererseits wird man aber – sollte das Landwirtschaftsprogramm durchgeführt werden können – nicht nur seine *Erfolge*, sondern auch mögliche *Mißerfolge* mit dem Namen der Kirche verbinden. Die schadenfrohen Kommentare in den polnischen Massenmedien lassen sich voraus-

ahnen. Zunächst sind diese aber damit zufrieden, daß es anscheinend Schwierigkeiten gibt, die veranschlagten 28 Mio. Dollar für die Pilotprojekte aufzutreiben. Nach dem gegenwärtigen Stand kann nur gerechnet werden: mit 10 Mio. Dollar aus den USA, mit drei Mio. DM von der katholischen Kirche in der Bundesrepublik sowie mit je 170 000 Dollar von den Katholiken Frankreichs und Luxemburgs.

Nachdem ein Gemeinschaftsbeitrag der EG im Haushalt 1985 nicht eingesetzt wurde, bleibt die Frage, was mit den

von der Bundesregierung mit dem Vorbehalt der Beteiligung der übrigen EG-Staaten zur Verfügung gestellten fünf Mio. DM geschieht (vgl. FAZ, 6. 12. 84). Könnten die westlichen Kirchen und insbesondere Regierungen nicht durch weniger Krämergeist das Ihre dazutun, daß es der polnischen Regierung schwergemacht wird, mit juristischen Vorwänden ein Projekt in Frage zu stellen, das, bei allen möglichen – auch theologischen – Vorbehalten, einen der wenigen realistischen Wege aus der Krise in Polen weist?

Dieter Bingen

## „Das heilsame Neue im Altvertrauten entdecken“

Ein Gespräch mit dem Volkskundler und Theologen Walter Heim

*Lange sah es so aus, als ginge es ein für alle Mal verloren – inzwischen hat sich die Situation deutlich gewandelt: Brauchtum überhaupt, aber speziell religiöses Brauchtum, verschiedenste, z. T. bereits totgesagte Formen der Volksfrömmigkeit erleben eine Renaissance. Mit dem Schweizer Volkskundler und Theologen Walter Heim sprachen wir über die Ursachen und Erscheinungsformen dieser Entwicklung. Heim ist Mitglied der Missionsgesellschaft Bethlehem, Immensee. Die Fragen stellte Klaus Nientiedt.*

**HK:** Herr Heim, allenthalben ist ein neues Interesse an Volksfrömmigkeit und religiösem Brauchtum feststellbar. Es ist noch nicht lange her, da sah die Lage noch völlig anders aus. Ist ein solcher offensichtlicher Umschwung im Interesse für religiöses Brauchtum, wie er in den letzten Jahren stattgefunden hat, eigentlich ein neues Phänomen?

**Heim:** Bis zu einem bestimmten Punkt schon, aber nicht vollständig. Wir haben schon mehrere Male im Laufe der Geschichte ein Neuinteresse am Brauchtum feststellen können. Die Aufklärung, die erste Aufklärungswelle, hat versucht, das gesamte Volksbrauchtum, auch im religiösen Bereich, auszuschalten zugunsten einer rationalen Lebenshaltung. Dem trat die Romantik mit einer Rückbesinnung auf die Wurzeln des Volkstums entgegen, baute dabei aber durchaus auf alten Resten auf, z. B. in den schweizerischen Alpentälern, in denen die Aufklärung nur rudimentär wirken konnte. Eine zweite Welle gegen das Brauchtum brachte die Gründerzeit, die Industrialisierung, die natürlich andere Interessen hatte im Zusammenhang mit Technik und Fortschritt. Eine Gegenbewegung folgte darauf ziemlich rasch um die Jahrhundertwende: Denken Sie an die deutsche Jugendbewegung, eine Entwicklung, die sich bis in die Zwischenkriegszeit zog.

**HK:** Was kennzeichnet diese erste Revitalisierungsphase des Brauchtums in diesem Jahrhundert?

**Heim:** Das war eine Rückbesinnung auf die Wurzeln des

Volkes, auf die Lebensqualität, eine natürliche Lebensqualität, unterstützt übrigens gerade auch von den Medien, dem Hörfunk. Im religiösen Bereich zeigte sich das im Krippenbau, in der Verbreitung des Christbaums, im Adventskranz, im Aufleben des Sternsingens oder dem Anzünden der Grablichter an Weihnachten. Dieser Zwischenbereich von Mythischem und Religiösem, der sich darin ausdrückt, läßt sich sehr verschieden interpretieren, er ist jedenfalls Hinweis auf eine etwas diffuse religiöse Grundeinstellung, die vielleicht überhaupt das moderne Brauchtum kennzeichnet: Man grenzt sich weniger dogmatisch ab und bevorzugt religiöse Stimmungen und Haltungen im weitesten Sinn des Wortes.

### „Auch die alten Bräuche sind nicht von allen getragen worden“

**HK:** Das sieht der heutigen Entwicklung nicht unähnlich. Diese dürfte jedoch kaum zu verstehen sein ohne die Phase des Niedergangs des Brauchtums in der Nachkriegszeit. Worin sind die wichtigsten Ursachen für diesen Niedergang zu sehen?

**Heim:** Eine der wichtigsten Ursachen der Erosion des Brauchtums nach 1950 scheint mir die äußere und innere Mobilisierung des gesamten Lebens zu sein. Die äußere Mobilität mit Hilfe der Motorfahrzeuge reißt die Grundlagen für das Brauchtum auseinander, die Dorfgemeinschaft, die Quartiergemeinschaft, die Pfarreigemeinschaft. Die Leute sind im Grunde genommen nicht mehr sesshaft. Folglich ist niemand mehr vorhanden, der den Brauch tragen kann. Auf der anderen Seite – und jede Medaille hat bekanntlich zwei Seiten – entsteht mehr und mehr die Möglichkeit, an anderen Orten Bräuche mitzumachen, sich Bräuche anzusehen oder auch Bräuche zu erleben, das Passionsspiel in Oberammergau, die Karfreitagsprozession in Mendrisio, die Fronleichnamsprozession in Ap-